

Sonderband 2025

TUP

Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit

Claudia Mandrysch und Marvin Deversi (Hrsg.)

Unsichere Zeiten, starke Stimmen

Junge Menschen als Wegbereiter
für Vielfalt und Demokratie

Sonderband 2025



BELTZ JUVENTA

Claudia Mandrysch und Marvin Deversi (Hrsg.)
Unsichere Zeiten, starke Stimmen

Claudia Mandrysch und Marvin Deversi (Hrsg.)

Unsichere Zeiten, starke Stimmen

Junge Menschen als Wegbereiter
für Vielfalt und Demokratie

Sonderband 2025

BELTZ JUVENTA

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Die Verlagsgruppe Beltz behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-37799-3567-4
ISBN 978-37799-3568-1 E-Book (PDF)

1. Auflage 2025

© 2025 Beltz Juventa
in der Beltz Verlagsgruppe GmbH & Co. KG,
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Helmut Rohde, Euskirchen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag
(ID 15985-2104-1001)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor*innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Editorial <i>Claudia Mandrysch und Marvin Deversi</i>	7
Unsichere Zeiten, starke Stimmen Junge Menschen als Wegbereiter für Vielfalt und Demokratie <i>Peter Kuleŝa und Alexander Nöhring</i>	8
Einblicke in das Denken und die Gefühle junger Menschen <i>Sophia Beer, Alisha Kumar, Rochelle Kirschbaum und Yana Petrova</i>	18
Jugend heute: ein Blick auf die aktuelle Situation <i>Sabine Walper und Lisa Hasenbein</i>	26
Jugend, Politik und Demokratie: Polarisierung oder Differenzierung? <i>Mathias Albert und Ulrich Schneekloth</i>	34
Jugendarbeit als Ort von Demokratie und Vielfalt <i>Katrin Peyerl</i>	41
Psychische Gesundheit in unsicheren Zeiten Junge Menschen als Wegbereiter für eine vielfältige und resiliente Gesellschaft <i>Hanna Christiansen</i>	50
Zwischen Versorgungslücke und Reformdruck Die Rolle der Sozialen Arbeit in der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen <i>Helen Schmidt</i>	57
Zu frühe Nutzung digitaler Medien schädigt das Gehirn <i>Interview mit Martin Korte</i>	66
Liebe und Sexualität im Zeitalter von Pornhub, TikTok und ChatGPT Herausforderungen und Chancen für junge Menschen <i>Nicola Döring</i>	70
Soziale Arbeit im Visier von rechten Akteuren Erfahrungen und Gegenstrategien in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit <i>Deike Janssen und Benno Hafenecker</i>	78
Schutz von jungen Menschen <i>Marion Hundt</i>	88
Resilienzförderung im familiären Kontext <i>Clemens Hillenbrand</i>	95

In Beziehung mit Gewaltausübenden Die Relevanz einer effektiven Beziehungsgestaltung in der tatorientierten Arbeit <i>Marc Thomas</i>	<u>104</u>
Politische Jugendbildung in unsicheren Zeiten <i>Thomas Gill</i>	<u>112</u>
Teilhabe, Vertrauen und Zuversicht Wie die Jugendmigrationsdienste das plurale und demokratische Gemeinwesen stärken <i>Talibe Süzen, Peter Widmann, Sinje Vogel, Ksenia Telepova, Katja Pietsch, Dominique Reißweber und Bernhard Steinke</i>	<u>119</u>
Bessere Teilhabechancen von Jugendlichen mit Beeinträchtigung – ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft <i>Ergebnisse und Diskussionen zum „Inklusionsbarometer Jugend“ der Aktion Mensch</i>	<u>127</u>
Queerfreundliche Jugendarbeit – (K)eine Frage der Haltung in Zeiten queer- und trans*feindlicher Restaurationspolitiken <i>Susanne Weise und Nico Heidl</i>	<u>135</u>
Diversität an Schulen, die LSBTIQ* miteinbezieht <i>Frank G. Pohl</i>	<u>144</u>
Vom Helfen zum Mitgestalten Die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten im Freiwilligendienst – praktisch, strukturell und politisch <i>Alexandra Hoorn, Tina Stampfl und Bernhard Steinke</i>	<u>152</u>

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir freuen uns, Ihnen den zehnten TUP-Sonderband vorlegen zu können! Was alle bisherigen Sonderbände eint, ist die Frage, was es für eine gelingende Demokratie braucht. Ganz wesentlich sind dabei ein gut ausgestatteter Sozial- und Rechtsstaat, eine vitale Zivilgesellschaft und die Möglichkeit aller, sich an politischen Prozessen zu beteiligen – jenseits von Herkunftsgeschichte, Geldbeutel oder Geschlecht. In diesem Kontext ist auch der vorliegende Band einzuordnen.

Für die AWO als Wohlfahrtsverband sind Demokratie und Vielfalt nicht nur Begriffe, sondern die Grundpfeiler unserer Arbeit. Demokratie bedeutet für uns mehr als demokratische Wahlen – sondern echte Teilhabe der Bürger*innen. Wir leben ein Demokratieverständnis, das unterschiedliche Meinungen und die Bedürfnisse aller Menschen anhand menschenwürdiger Maßstäbe respektiert.

Vielfalt ist für uns eine Bereicherung – sie macht unsere Gemeinschaft stärker, bunter und gerechter. Indem wir Vielfalt fördern, schaffen wir ein Umfeld, in dem sich jede*r im eigenen Lebensentwurf willkommen, wertgeschätzt und anerkannt fühlt. Für einen Wohlfahrtsverband ist dieses Verständnis essenziell, um eine inklusive Gesellschaft zu gestalten, in der alle die Chance haben, sich zu entfalten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Dieser Band versammelt wissenschaftliche Analysen zur Lage junger Menschen und lässt diese auf beeindruckende Weise zu Wort kommen. Entstanden ist so eine Sammlung von Hinweisen, Einsprüchen und Perspektiven, die eines klarmachen: Es ist mehr denn je an der Zeit, zu erkennen, dass ein demokratisches Miteinander nur dann funktioniert, wenn junge Menschen in ihren Sorgen und Anliegen ernst genommen werden; wenn es keine simulierten Beteiligungsangebote, sondern wirksame Teilhabeoptionen gibt; wenn Alt und Jung nicht gegeneinander (politisch) ausgespielt werden, sondern klar wird, wie sehr beide miteinander die demokratische Zukunft gestalten können.

Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Claudia Mandrysch und Dr. Marvin Deversi
Vorstand AWO Bundesverband e.V.

Unsichere Zeiten, starke Stimmen

Junge Menschen als Wegbereiter für Vielfalt und Demokratie

Peter Kuleßa und Alexander Nöhring

„Demokratie ist mehr als ein Wahllokal – sie beginnt bei Haltung. Bei Sprache. Bei den kleinen Alltagsentscheidungen. Bei uns.“

Rochelle Kirschbaum, 17 (in diesem Band)

In der Beschreibung der gegenwärtigen Lage junger Menschen¹ in Deutschland herrscht in politischen Sonntagsreden weitestgehende Einigkeit. Rasch sind die psychischen Folgen der Pandemie, die Herausforderungen des Klimawandels, die Kriegsgefahr oder gesellschaftliche Polarisierungen als Gründe für Verunsicherungen junger Menschen ausgemacht. Teilweise werden sich die Sorgen, Nöte und Zukunftssorgen junger Menschen auch noch angehört. Doch gibt es politische Vorhaben und Entscheidungen, die junge Menschen mit ihren Anliegen auch ernst nehmen? Zweifel sind angebracht.²

Junge Menschen ernst nehmen

Junge Menschen sind mitnichten „gefährdete und gefährliche“ Wesen,³ sondern Inhaber*innen eigener Rechte und wesentliche Stützen unserer Gesellschaft; sie sind zentrale Träger*innen und Innovator*innen einer gerechten und auf eine solidarische Zukunft ausgerichteten Gesellschaft. Es mag selbstverständlich klingen, aber die Beteiligung junger Menschen in einer demokratischen Gesellschaft ist von großer Bedeutung, da sie die Zukunft unseres Landes sind. Vielmehr noch: Sie müssen nach Artikel 12 der für Deutschland verbindlichen UN-Kinderrechtskonvention als Expert*innen in eigener Sache in allen Belangen, die sie betreffen, gehört werden, ihre Meinung muss angemessen berücksichtigt werden und sie müssen an Entscheidungen gleichberechtigt

-
- 1 Aufgrund der Unschärfe des Begriffs „Jugend“ oder „Jugendliche“ verwenden wir hier den im Kinder- und Jugendhilferecht normierten Begriff „Junge Menschen“ (bis 27 Jahre).
 - 2 El-Mafaalani et al. spitzen zu: „Die junge Generation wird politisch übersehen und gesellschaftlich vernachlässigt. Dabei geht es nicht darum, dass die Gesellschaft bewusst kinderfeindlich wäre, ganz im Gegenteil. Für die allermeisten Menschen sind Kinder wichtig und schützenswert. Aber in einer alternden Gesellschaft werden sie nicht mitgedacht, und mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung ist davon auszugehen, dass sich gesellschaftliche Schiefen weiter zu Ungunsten der Jüngsten entwickeln.“ (2025: 8). Analysekräftig und faktenreich auch die aktuelle Shell Jugendstudie 2024.
 - 3 Kritisch wird dies bereits bei Fischer/Lutz (2015) diskutiert.

teilhaben. Deutschland wurde bereits mehrfach von den Vereinten Nationen angemahnt, Kinderrechte (die auch Jugendrechte sind), explizit im Grundgesetz zu verankern. Auch steht die Absenkung des Wahlalters bei bundesweiten Wahlen auf 16 Jahre seit Langem auf der Agenda, bislang ohne Erfolg.

Der Umgang mit jungen Menschen in der Corona-Pandemie hat schmerzlich vor Augen geführt, welche verheerende Folgen es haben kann, wenn Menschen zunächst kollektiv diffamiert, dann (durch Schließung von Kitas, Schulen und Freizeitangeboten) gesellschaftlich ausgegrenzt und in die Debatte über die Regelungen – zum Beispiel in die Erarbeitungen von Konzepten, wie Schulen wieder geöffnet werden können, wie Testungen ablaufen sollen oder auch wie pandemiebedingt Nachteilsausgleiche gestaltet werden können – nicht einbezogen werden. Viele mussten in diesen Jahren dabei die Erfahrung machen, dass ihre Meinung gesellschaftlich ignoriert wird. Aktuelle Gesundheitsstudien belegen in diesem Zusammenhang einen deutlichen Anstieg psychosozialer Belastungen bei jungen Menschen (BMFSFJ 2023; Correll 2023). Und auch nach der Pandemie hat sich das System Schule kaum verändert und junge Menschen bleiben von wesentlichen Entscheidungen wie der Unterrichtsgestaltung, der Planung von Lerninhalten oder dem Tagesablauf weitgehend ausgeschlossen. Schule ist nach wie vor ein in großen Teilen vordemokratischer Raum.¹

Wenn junge Menschen aktiv Teil von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Prozessen sind, tragen sie dazu bei, eine lebendige und vielfältige Demokratie zu gestalten. Beteiligung findet durch Wahlen statt, aber auch durch das Engagement in Jugendorganisationen, Diskussionen in der Schule oder über soziale Medien. Wichtig ist: Junge Menschen müssen ihre Stimme erheben und ihre Standpunkte und Meinungen einbringen können, um ihre Interessen zu vertreten und Veränderungen anzustoßen. Sie müssen ernsthaft Gehör in den Arenen politischer Entscheidungen finden.²

Notwendige Stimmen für Demokratie

Junge Menschen haben aus verschiedenen Gründen starke Stimmen für Demokratie und Vielfalt: Sie bringen innovative Ansätze in politische Diskussionen ein. Aufgewachsen in einer globalisierten Welt, sind sie vielfach offener für unterschiedliche Kulturen und Lebensweisen. Diese Offenheit fördert ein tieferes Verständnis für Vielfalt und die Notwendigkeit, selbstverständlich verschiedene Stimmen in den demokratischen Prozess einzubeziehen. Für viele junge Menschen ist es heute selbstverständlich, dass eine vielfältige Gesellschaft nicht nur bereichernd, sondern auch notwendig ist, um die Herausforderungen der heutigen Zeit zu bewältigen. Sie zeigen vor allem für soziale und ökologische Themen (siehe Fridays for Future oder die Letzte Generation) eine hohe

1 Sehr informativ zum Thema Schule ist die Ausgabe Nr. 94 aus dem Frühjahr 2025 des Magazins fluter. der Bundeszentrale für politische Bildung.

2 In Folge 47 des AWO-Podcasts „Deutschland, Du kannst das!“ bringen es die beiden Sozialarbeiter Pieter Sprockhoff und Marcel Könings auf den Punkt: „Das Schlimmste ist es, wenn Scheinpartizipationsprozesse stattfinden und den Kindern und Jugendlichen etwas vorgemacht wird.“ Abrufbar unter: awo.org/service/podcast/ [10.07.2025].

Engagementbereitschaft; sie setzen sich dann leidenschaftlich für Veränderungen ein, sei es durch Proteste, über soziale Medien oder die Teilnahme an politischen Bewegungen. Dieses Engagement ist Ausweis ihrer Bereitschaft, für eigene Überzeugungen einzutreten und aktiv an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken. Ihre Stimmen sind entscheidend, um Themen wie Klimaschutz, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit auf die politische Agenda zu setzen – auch und vor allem in einer alternden Gesellschaft. Sie haben oft einen anderen Zugang zu Informationen und nutzen digitale Plattformen, um sich zu vernetzen und ihre Meinungen zu äußern oder auszutauschen. Diese Vernetzung ermöglicht es ihnen, schnell und effektiv mobil zu werden, was ihre Stimme in der Demokratie stärker macht. Sie können Trends setzen und Diskussionen anstoßen, die auch ältere Generationen erreichen und beeinflussen.

Die Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2025 sowie der vorausgegangenen Landtagswahlen zeigen einen Trend, wonach vor allem junge Männer stärker rechtsextrem wählen (während junge Frauen stärker als bisher ihr Kreuz bei den Linken gesetzt haben). Wenngleich noch nicht endgültig analysiert, so ist zudem augenfällig, dass die Gewaltbereitschaft vor allem junger Männer im rechtsextremen Milieu zugenommen hat. Die Razzia von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt im Frühjahr 2025, bei der Verdächtige im Alter zwischen 14 und 21 Jahren festgenommen wurden, ist ein weiterer Beleg für diese beunruhigende Tendenz. Umso zentraler wird die Bedeutung echter politischer Beteiligung von klein auf, die ernst gemeinte Teilhabe auf Augenhöhe und der Einbezug auch außerhalb von Wahlen in allen Fragen, bei denen junge Menschen Expert*innen in eigener Sache sind. Kontinuierliche Nichtbeachtung kann einen Rückzug aus demokratischen Diskursräumen oder schlimmstenfalls auch extreme und gewaltbereite Tendenzen fördern.

„Jugend“ ist eine eigenständige Lebensphase – und nicht etwa allein eine Phase des „Übergangs“. Dabei gibt es natürlich nicht „die Jugend“, sondern, wie könnte es in einer vielfältigen Gesellschaft auch anders sein, viele Jugenden und vielfältige jugendliche Lebensweisen (BMFSFJ 2024: 138). Um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für junge Menschen gut und demokratisch zu gestalten, finden wir in §1 SGB VIII, dem Bundes-Rahmengesetz zur Kinder- und Jugendhilfe, einen guten Ankerpunkt und Auftrag. Hier heißt es: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Politisch muss daher dringend und konsequent eine eigenständige Jugendpolitik verfolgt werden. Dies bedeutet zum Beispiel, dass der Jugendcheck³ verbindlich für alle Ressorts und Gesetzesvorhaben durchgeführt wird, dass eine eigenständige Jugendberichterstattung auf- und ausgebaut wird und dass die Impulse, die der Nationale Aktionsplan „Jugendbeteiligung“ gesetzt hat, in gesetzgeberisches Handeln einfließen. Dies bedeutet auch, dass in allen Bundes- und Landesressorts verbindliche Standards für die Beteiligung junger Menschen entsprechend den vom damaligen BMFSFJ und dem Deutschen Bundesjugendring 2022 entwickelten Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung⁴ festgelegt werden. Fachkräfte,

3 www.jugend-check.de.

4 <https://standards.jugendbeteiligung.de>.

die mit jungen Menschen arbeiten, müssen entsprechend qualifiziert und fähig sein, Potenziale junger Menschen zu stärken und Resilienz zu fördern. Zudem muss im Rahmen von Haushaltsentscheidungen auf allen föderalen Ebenen eine bedarfsgerechte und dynamisierte Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe vorgenommen werden. Eine eigenständige Jugendpolitik bedeutet schließlich ebenso, dass in die Debatten, die derzeit um ein mögliches Nutzungsverbot von Smartphones an Schulen geführt werden, Jugendliche von Beginn an miteinbezogen und dass ihre Perspektiven zentral mitaufgegriffen werden.

Risiko Armut

Armut, und die damit häufig einhergehende soziale Ausgrenzung, ist eine der großen Herausforderungen für junge Menschen und ihre Familien. Nahezu ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen wächst in armen Verhältnissen auf. Die Langzeitstudie des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) hat die Folgen davon reichhaltig untersucht.⁵ Dringend muss daher das sozialrechtliche Existenzminimum für junge Menschen unter Einbeziehung von Jugendlichen selbst sowie von Jugendverbänden neu und realitätsgerecht ermittelt werden, sodass junge Menschen im Wohlergehen, mit gesellschaftlicher Teilhabe sowie der Möglichkeit auf Freizeitgestaltung auch außerhalb staatlich geförderter Institutionen (wie zum Beispiel Treffen mit Freund*innen, Schwimmbad- oder Kinobesuch) leben können. Dieses Existenzminimum muss im Rahmen einer echten Kindergrundsicherung abgesichert werden. Der Kreislauf von Armut und ihren Auswirkungen auf die soziale, materielle, gesundheitliche und kulturelle Teilhabe junger Menschen muss durchbrochen werden!⁶

Bildungsgerechtigkeit

Das Ziel einer Bildungsgerechtigkeit muss konsequent verfolgt werden. Dies erfordert chancengerechte Zugänge in die Bildungsinstitutionen, längeres gemeinsames Lernen, eine bessere Ausstattung von Schulen und Kitas und den Ausbau regelhafter Mitbestimmung im Schulsystem. Für uns sind junge Menschen keine Gruppe, die es in der Schule zu beteiligen gilt – sie sind der Ausgangspunkt des Systems Schule und damit an allen Entscheidungen zentral und angemessen zu beteiligen. Ebenso geboten ist die schnelle Umsetzung und der Ausbau des Startchancenprogramms, um so die Schulsozialarbeit nach § 13a SGB VIII sowie weitere Angebote der Jugendsozialarbeit an Schule nach § 13 SGB VIII weiter auszubauen. Dabei sollten das Ganztagsangebot und die Schulsozialarbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt werden

5 Informationen zu den Ergebnissen der verschiedenen Untersuchungswellen sind abrufbar unter: <https://www.iss-ffm.de/themen/alter/projekte-1/langzeitstudie-zur-lebenssituation-und-lebenslage-armer-kinder> [10. Juli 2025].

6 „Das beste Mittel der Demokratieförderung ist immer noch Armutsbekämpfung“, so Sprockhoff/Könings (siehe Fußnote 2).

und damit den Zielen des § 1 Abs. 1 SGB VIII verpflichtet bleiben. Die Umsetzung der aktuellen schulpädagogischen Reformen kann nur im Sinne der Kinder heute und der beabsichtigten zukunftsgerichteten gesellschaftlichen Stärkung gelingen, wenn die beiden Systeme Kinder- und Jugendhilfe und Schule ganztägige Förderangebote Hand in Hand planen und umsetzen. Junge Menschen müssen den Ganzttag mitgestalten sowie freiwillig und ohne Zuzahlungen an den Angeboten teilnehmen können.⁷

Selbstbestimmt mit Beeinträchtigung

Junge Menschen mit Beeinträchtigungen können in Deutschland in vielen Lebensbereichen aufgrund diverser baulicher, sozialer oder struktureller Barrieren weniger gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben als junge Menschen ohne Beeinträchtigungen. Damit Jugendliche mit Beeinträchtigungen gleichberechtigt und selbstbestimmt ihre Rechte auf Spiel, Bildung, Freizeit, Gesundheit, Kultur und Engagement genießen können, muss Deutschland inklusiver und damit barriere- und diskriminierungsfreier werden. Jugendliche mit Beeinträchtigungen müssen mitberaten und mitgestalten dürfen. Dafür bedarf es barrierefreier und inklusiver Angebote für Beteiligung, Information und Bildung, um auch der zunehmenden Gender- und Queerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft entgegenzutreten und gesetzliche Rahmenbedingungen für geschlechtliche Selbstbestimmung sowie den Schutz vor Diskriminierung zu stärken. Die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes zur Änderung des Personenstandsrechts ist begrüßenswert. Erforderlich ist jedoch weiterhin, dass ab 14 Jahren eine entsprechende Änderung auch ohne elterliche Zustimmung erfolgen können muss.

Gleichbehandlung unbegleiteter Geflüchteter

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen ab dem ersten Tag in Deutschland weiterhin einen Rechtsanspruch auf Leistungen nach dem SGB VIII. Diesen Rechtsanspruch abzubauen, wie es derzeit einige fordern, wäre fatal, denn diese Jugendlichen brauchen Begleitung, Unterstützung und in besonderem Maße unsere gesellschaftliche Solidarität. Die Kinder- und Jugendhilfe ist für alle Kinder und Jugendlichen da! Darüber hinaus müssen wir die Migrationsgeschichte vieler Jugendlicher wahr- und ernst nehmen! Vielfalt verstehen wir als gesellschaftliche Bereicherung. Mehrsprachige Unterrichts- und Freizeitangebote, Raum für die individuellen Sorgen und Nöte geflüchteter junger Menschen sowie die systematische Einrichtung von sicheren Austausch- und eigenkulturellen Räumen sowie Angebote für persönliches Engagement sind Voraussetzung für ein gelingendes Zusammenleben.

⁷ Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat im April 2024 ausgewiesen, dass aufgrund von Zuwanderung und Ausbildungsabbrüchen 2024 1,6 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung hatten. 2013 lag die Zahl noch bei 460.000. Abrufbar unter: <https://iab-forum.de/obwohl-fachkraefte-fehlen-haben-immer-mehr-junge-menschen-keine-ausbildung/> [10.07.2025].

Gewaltschutz ausweiten

Der Gewaltschutz mit dem Ziel eines sicheren Umfelds für junge Menschen muss dringend ausgebaut werden. Dies verlangt die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation umfassender inklusiver Schutzkonzepte, die Förderung von Respekt, Toleranz und gewaltfreier Kommunikation sowie Interventionsstrategien bei Gewaltvorfällen. Hierbei sollen der Kinder- und Jugendschutz gestärkt, Fachkräfte in Gewaltprävention ausgebildet und niedrigschwellige Beratungsangebote sowie Peer-to-Peer-Ansätze gefördert werden. Der Schutz vor Cybermobbing und digitaler Gewalt soll durch einen ganzheitlichen Ansatz sichergestellt werden. Eine Absenkung des Alters für die Strafmündigkeit lehnen wir entschieden ab.

Engagement fördern

Um das gesellschaftlich notwendige freiwillige Engagement junger Menschen zu stärken, sind die Freiwilligendienste auszubauen. Wir treten für das Recht auf einen Freiwilligendienst ein. Dieses Recht muss durch höhere Geldzahlungen ergänzt werden, um allen jungen Menschen, unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihrer Familien, einen Freiwilligendienst zu ermöglichen. Eine allgemeine Dienstpflicht für junge Menschen ist keine Lösung, vielmehr müssen bereits vorhandene Engagementmöglichkeiten und -formen gestärkt werden sowie eine vielseitige Anerkennung des Engagements Junger erfolgen.

Wie kommen wir weiter?

Junge Menschen sind selbstverständlicher Teil einer demokratischen, vielfältigen und lebendigen Gesellschaft. Sie bringen Innovation, Toleranz, Engagement und Zukunftsvisionen mit. Ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ist notwendig, um in einer gerechten, offenen und zukunftsfähigen Gesellschaft zu leben. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller, die Möglichkeiten zu schaffen, sich einzubringen, gleichberechtigt teilzuhaben und Verantwortung zu übernehmen. Die nachfolgenden Beiträge des Bandes bieten Analysen und Lösungsansätze, wie dies zu erreichen ist.

Zu Beginn geben die Jugendlichen *Sophia Beer*, *Alisha Kumar*, *Rochelle Kirschbaum* und *Yana Petrova* in ihren sehr persönlichen, schlaglichtartigen Texten – teils als Gedichte oder Tagebuch – Einblicke in das Denken und die Gefühlslage ihrer persönlichen Situation und damit auch exemplarisch ihrer Generation.

Erwachsenwerden ist heute sehr herausfordernd, insbesondere aufgrund der Corona-Pandemie und deren Folgen, die die Entwicklung junger Menschen beeinträchtigt haben: Kontaktbeschränkungen und digitaler Unterricht erschwerten ihre Selbstständigkeit. Nach der Pandemie folgten Krisen wie der Ukraine-Krieg und Konflikte im Gaza-Streifen, wirtschaftliche Unsicherheiten und Umweltkrisen. Viele Jugendliche haben

angesichts dessen Ängste, so *Sabine Walper* und *Lisa Hasenbein*, die sehr ernst zu nehmen sind. Der 17. Kinder- und Jugendbericht betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von Vertrauen und Unterstützung für vulnerable Gruppen.

In Deutschland gibt es Sorgen über den Populismus und die politische Polarisierung, die das Vertrauen in die Demokratie und staatliche Institutionen beeinträchtigen könnten. *Mathias Albert* (einer der Herausgeber der Studie) und sein Kollege *Ulrich Schneekloth* zeigen auf Grundlage der Ergebnisse der Shell Jugendstudie 2024, dass das politische Interesse der Jugendlichen wächst, sie sich besser informieren und klarere Positionen beziehen. Die globalen Krisen sind präsent und erzeugen Verunsicherung, auch wenn die Mehrheit der Jugendlichen nicht in einen „Krisenmodus“ verfallen ist. Sie zeigen vielmehr pragmatischen Optimismus und eine leicht steigende Zuversicht in die Zukunft der Gesellschaft. Dennoch gibt es Unterschiede in den Einstellungen zum gesellschaftlichen Fortschritt, wobei populistische Argumente dazu führen können, dass aus unterschiedlichen Meinungen scheinbar unüberbrückbare Gegensätze entstehen, was die Polarisierung in der Gesellschaft verstärkte.

Kinder- und Jugendarbeit bietet Chancen für demokratische Bildung und verschiedene Perspektiven. Es ist jedoch nicht immer ganz klar, inwieweit Vielfalt und Demokratie tatsächlich die Konzepte und Inhalte der Jugendarbeit prägen, so *Katrin Peyerl*. Ihr Beitrag untersucht und diskutiert, wie Demokratie und Vielfalt historisch, rechtlich und konzeptionell in der Jugendarbeit verankert sind und ihre fachliche Ausrichtung beeinflussen.

Die psychische Gesundheit junger Menschen steht angesichts globaler Krisen und gesellschaftlicher Umbrüche stark unter Druck. Doch Kinder und Jugendliche sind nicht nur Betroffene, sondern entscheidende Akteur*innen für eine resiliente, gerechte und demokratische Gesellschaft, so *Hanna Christiansen* in ihrem Beitrag. Frühzeitige Prävention, partizipative Forschung und echte Beteiligung sind der Schlüssel, um ihre Chancen zu sichern und gesellschaftliche Spaltung zu verhindern. Denn Demokratie stirbt, wo Bildung und Beteiligung scheitern.

Die Reform der Psychotherapeutenausbildung, die 2019 verabschiedet wurde, verändert die ambulante psychotherapeutische Versorgung, indem nur Personen mit einem universitären Masterabschluss in Psychotherapie selbstständig arbeiten dürfen. Dies schließt Sozialarbeiter*innen, die bisher qualifiziert waren, aus. Der Beitrag von *Helen Schmidt* gibt einen Überblick über aktuelle psychische Erkrankungen und Behandlungsmöglichkeiten, beleuchtet die historischen Entwicklungen der Psychotherapiereform und deren Auswirkungen auf Sozialarbeiter*innen. Ein Fazit: Es ist dringend erforderlich, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in die zukünftige Ausbildung einzubeziehen, um eine umfassende Versorgung psychisch belasteter junger Menschen zu gewährleisten.

Im Interview mit *Martin Korte* werden die Auswirkungen digitaler Medien auf das Gehirn und das Denken diskutiert. Das Gehirn ist wichtig für unsere Wahrnehmung und Erinnerungen. Digitale Medien sind nicht schädlich, aber ihre falsche Nutzung kann Aufmerksamkeit und Stress erhöhen, was zu Depressionen führen kann. Korte betont, dass digitale Medien auch Chancen bieten, wie schnelle Informationen und das Erlernen von Sprachen. Schutzmaßnahmen für junge Menschen sind jedoch nötig, und

Erwachsene sollten dabei als Vorbilder agieren. Für jüngere Kinder empfiehlt Korte, grundlegende Einschränkungen zu setzen. Schulen sollten vor allem den richtigen Umgang mit Medien lehren. Die Nutzung kann ebenso negative Auswirkungen auf die motorischen Fähigkeiten von Kindern haben und macht körperliche Aktivitäten umso bedeutsamer.

Für Fachkräfte der Sozialen Arbeit ist es wichtig, die Lebenssituationen von Jugendlichen zu verstehen und ihre Sexual- und Medienkompetenz zu stärken. In einem politischen Klima, das sexuelle Bildung oft ablehnt, ist die Begleitung von Jugendlichen beim sexuellen Erwachsenwerden notwendig. Die Politik muss dabei die Jugendrechte im digitalen Raum schützen und regulieren, um einen sicheren Austausch über sexuelle Themen zu ermöglichen, betont *Nicola Döring* in ihrem Beitrag.

Die AfD stellt vermehrt die Finanzierung von Jugend- und Kulturprojekten infrage und greift in die Jugendarbeit ein. Seit die Partei in Landtagen über mehr Sitze verfügt, gibt es zahlreiche Interventionen auf verschiedenen politischen Ebenen. Die Partei nutzt etwa Anfragen, um die finanzielle Unterstützung von Jugendträgern zu hinterfragen, und missinterpretiert das Neutralitätsgebot. Es gibt jedoch auch positive Beispiele von Widerstand gegen rechte Einmischungen. Viele Organisationen haben zwar noch keine klaren Strategien entwickelt, sind sich aber der Notwendigkeit einer starken Positionierung bewusst, konstatieren *Deike Janssen* und *Benno Hafenegger*. Diese sollte in jedem Falle eine klare Distanzierung von rechten Akteuren beinhalten. Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Einrichtungen sind entscheidend im Kampf gegen rechte Einmischungen. Die Jugendarbeit kann demokratische Werte fördern und sollte Räume für Bildung und Teilhabe schaffen. Politische Fachlichkeit sollte Teil der Ausbildung der Sozialen Arbeit sein, um Fachkräfte bestmöglich vorzubereiten.

Gewalt und Vernachlässigung führen zu schwerwiegenden körperlichen und psychischen Schäden sowie langfristigen Problemen. Der Beitrag von *Marion Hundt* gibt einen Überblick über die rechtlichen Instrumente des Kinderschutzes und definiert die Begrifflichkeiten klar. Es wird betont, dass der Gesetzgeber verbindliche Verfahrensabläufe für den Kinderschutz festgelegt hat, die die Zusammenarbeit zwischen Berufsgruppen unterstützen. Trotz eines besseren Verständnisses für den Umgang mit Kinderschutzfällen muss der Einsatz im Kinderschutz jedoch kontinuierlich weiterentwickelt werden, um den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Forschung zeigt, dass Resilienz in Familien ein komplexer Prozess ist, beeinflusst von individuellen Merkmalen, Familiendynamiken und dem sozialen Umfeld. Evidenzbasierte Ansätze belegen, dass die Unterstützung mehrere Formate nutzen kann – von spezifischen Elternprogrammen bis hin zu alltagsintegrierten Strategien auf individueller, familialer und sozialer Ebene im Umgang mit Beziehungen, Emotionen und Problemen. Für die Wirksamkeit entscheidend, so *Clemens Hillenbrand*, ist der Transfer auf die konkrete Familiensituation und möglichst hohe Kontinuität und Verlässlichkeit.

Politische Bildung ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie erfordert komplexe Fähigkeiten und sollte in der Ausbildung der Sozialen Arbeit besser verankert sein. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat ein Kompetenzprofil erstellt, das wichtige Bereiche wie Kommunikation und Teamarbeit umfasst. Politische Bildung muss in